



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

Donnerstag, 3. August 2006

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich möchten Sie zu dieser Pressekonferenz begrüßen und Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Almunia teilgenommen hat.

Auf der heutigen Sitzung haben wir beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um 25 Basispunkte anzuheben. Dieser Beschluss spiegelt die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht wider, die im Rahmen unserer wirtschaftlichen und monetären Analyse festzustellen waren. Er wird dazu beitragen sicherzustellen, dass die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität im Einklang steht. Wie schon mehrfach betont, ist diese Verankerung eine Voraussetzung dafür, dass die Geldpolitik auch weiterhin ihren Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euro-Währungsgebiet leisten kann. Auch nach der heutigen Erhöhung sind die Leitzinsen in nominaler und realer Betrachtung nach wie vor niedrig, bleibt das Geldmengen- und Kreditwachstum kräftig und ist die Liquiditätsausstattung im Euroraum nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen reichlich. Unsere Geldpolitik bleibt daher akkommodierend. Wenn sich unsere Annahmen und unser Basisszenario bestätigen, wird eine schrittweise Rücknahme der akkommodierenden geldpolitischen Ausrichtung geboten sein. Vor diesem Hintergrund werden wir auch künftig alle Entwicklungen sehr genau verfolgen, um Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht zu gewährleisten.

Lassen Sie mich nun unsere Einschätzung näher erläutern und mit der **wirtschaftlichen Analyse** beginnen.

Die wichtigsten seit der Pressekonferenz im Juli veröffentlichten Konjunkturindikatoren bestätigen im Wesentlichen unser Basisszenario hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung im Euro-Währungsgebiet. Die zweite Schätzung von Eurostat für das erste Vierteljahr 2006 bestätigte, dass das reale Bruttoinlandsprodukt 0,6 % höher ausfiel als im Vorquartal. Überdies wird die Konjunktur zunehmend von der Inlandsnachfrage getragen. Ferner stützen die aktuell verfügbaren Konjunkturdaten für das zweite Jahresviertel - so etwa verschiedene Stimmungsumfragen und monatliche Indikatoren - den Eindruck eines weiterhin nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Auch die bisher vorgelegten Umfrageergebnisse für das dritte Quartal stimmen mit unserem Basisszenario überein.

Auf längere Sicht sind die Voraussetzungen für ein weitgehend potenzialgerechtes Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Euro-Währungsgebiet gegeben. Dies geht aus den von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen vom Juni hervor. Das Exportgeschäft des Euroraums wird weiterhin durch das Wirtschaftswachstum in den wichtigsten Partnerländern des Euroraums beflügelt. Die Investitionsausgaben dürften dank günstiger Finanzierungsbedingungen, Bilanzrestrukturierungen sowie Ertrags- und Effizienzsteigerungen auf Unternehmensebene weiterhin zunehmen. Angesichts der Besserung am Arbeitsmarkt und damit auch der Steigerung des real verfügbaren Einkommens sollte sich das Wachstum der Konsumausgaben nach und nach weiter verstärken. Diese insgesamt günstigen Konjunkturaussichten für das Euro-Währungsgebiet kommen auch in den Prognosen internationaler und privatwirtschaftlicher Organisationen zum Ausdruck.

Die Risiken für die Konjunkturaussichten halten sich auf kürzere Sicht weitgehend die Waage, wenngleich die jüngsten geopolitischen Spannungen und deren Wirkung auf die Märkte zur rechten Zeit an die Unsicherheiten erinnern, denen wir ausgesetzt sind. Mittel- bis längerfristig überwiegen die Abwärtsrisiken, die sich vor allem aus einem potenziellen weiteren Ölpreisanstieg, einer ungeordneten Korrektur der weltweiten Ungleichgewichte und einem protektionistischen Druck insbesondere nach der Aussetzung der Handelsgespräche im Rahmen der Doha-Runde ergeben.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die am HVPI gemessene jährliche Teuerung der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juli 2006 bei 2,5 % und war damit gegenüber den beiden Vormonaten unverändert. In der zweiten Jahreshälfte 2006 und im Jahresdurchschnitt 2007 dürften die Inflationsraten weiterhin über 2 % betragen, wobei ihre genaue Höhe sehr stark von der künftigen Energiepreisentwicklung abhängen wird. Während sich der gemäßigte Anstieg der Arbeitskosten im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2007 fortsetzen dürfte – worin auch der anhaltende globale Wettbewerbsdruck insbesondere im verarbeitenden Gewerbe zum Ausdruck kommt –, ist damit zu rechnen, dass die indirekten Auswirkungen früherer Ölpreissteigerungen und die bereits angekündigten Änderungen der indirekten Steuern im Laufe des nächsten Jahres einen deutlichen Aufwärtsdruck auf die Teuerungsrate ausüben werden. Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Sozialpartner ihrer Verantwortung weiterhin gerecht werden.

Die Aufwärtsrisiken für die künftige Preisentwicklung haben sich verstärkt. Hierzu zählen weitere Ölpreissteigerungen, ein stärker als derzeit antizipiertes Durchschlagen der gestiegenen Ölpreise auf die Verbraucherpreise, zusätzliche Erhöhungen administrierter Preise und indirekter Steuern sowie – noch grundlegender – Lohn- und Preisentwicklungen, die aufgrund von Zweitrundeneffekten im Zusammenhang mit vergangenen Ölpreiserhöhungen bei einer allmählichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage dynamischer als erwartet ausfallen könnten.

Im Hinblick auf die mittel- bis längerfristigen Inflationsaussichten wird unsere Einschätzung, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität überwiegen, durch die **monetäre Analyse** bestätigt. Die Daten für Juni 2006 deuten zwar auf eine etwas gemäßigte Entwicklung der Jahreswachstumsrate von M3 hin, doch steht die jüngste Entwicklung weiterhin im Einklang mit der Grundtendenz der monetären Dynamik, die seit Mitte 2004 einen nachhaltigen Aufwärtstrend aufweist. Der stimulierende Effekt des niedrigen Zinsniveaus im Euroraum ist eine wichtige Triebfeder der tendenziellen Beschleunigung des Geldmengen- und Kreditwachstums in den vergangenen Quartalen gewesen.

Die Betrachtung der Gegenposten von M3 zeigt, dass die rasch wachsende Kreditvergabe an den privaten Sektor nach wie vor die Haupttriebfeder der monetären Expansion ist. Die annualisierten Wachstumsraten von Krediten an den privaten Sektor insgesamt lagen in den letzten Monaten weiterhin im zweistelligen Bereich, wobei sowohl die Kreditaufnahme durch private Haushalte als auch durch nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rasch zunahm. Die anhaltend kräftige Kreditvergabe an private Haushalte ist auch weiterhin vor allem auf die Wohnungsbaukredite zurückzuführen. Das starke Geldmengen- und Kreditwachstum deutet vor dem Hintergrund einer bereits reichlichen Liquiditätsausstattung auf gestiegene Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht hin. Die monetäre Entwicklung muss daher – insbesondere angesichts der kräftigen Dynamik an den Immobilienmärkten – sorgfältig beobachtet werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass für 2006 und 2007 weiterhin erhöhte jährliche Inflationsraten von durchschnittlich über 2 % erwartet werden, wobei diese Aussichten mit Aufwärtsrisiken behaftet sind. In Anbetracht des starken Geldmengen- und Kreditwachstums bei einer reichlichen Liquiditätsversorgung bestätigt die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht überwiegen. Daher war eine weitere Anpassung der Zinssätze angebracht. Durch sein frühzeitiges Handeln trägt der EZB-Rat heute dazu bei, die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen auf einem Niveau zu verankern, das mit Preisstabilität vereinbar ist, und leistet dadurch einen fortlaufenden Beitrag zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Für die Zukunft wird angesichts unserer nach wie vor akkommodierenden Geldpolitik eine schrittweise Rücknahme dieser geldpolitischen Ausrichtung geboten sein, wenn sich unsere Annahmen und unser Basisszenario bestätigen. Der EZB-Rat wird weiterhin alle Entwicklungen sehr genau beobachten, um zu gewährleisten, dass die Risiken für die Preisstabilität nicht zum Tragen kommen.

Was die **Finanzpolitik** angeht, so ist es in Anbetracht der Aussichten für das Wirtschaftswachstum von entscheidender Bedeutung, dass die Regierungen im Euro-Währungsgebiet eine prozyklische Politik vermeiden und das Tempo der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erhöhen. Da die Haushaltsziele für das laufende Jahr nicht sonderlich ehrgeizig sind, ist eine konsequente Umsetzung der Pläne auf der Ausgabenseite in besonderem Maße geboten und unerwartete zusätzliche Einnahmen sollten am besten zum Defizitabbau verwendet werden. Neben der Umsetzung einer solchen umsichtigen Politik im weiteren Jahresverlauf sollte sich die Finanzpolitik mittelfristig auf die Korrektur der Ursachen struktureller Haushaltsungleichgewichte konzentrieren. Die Regierungen des Euro-Währungsgebiets, von denen viele derzeit ihre Haushaltspläne für 2007 fertig stellen, sollten das günstige wirtschaftliche Umfeld voll ausnutzen, um die erforderlichen strukturellen Anpassungen für eine dauerhafte Korrektur übermäßiger Defizite voranzutreiben und damit ihre mittelfristigen Haushaltsziele frühzeitig zu erreichen. Dadurch könnten die öffentlichen Finanzen auf die zu bewältigenden akuten demographischen Herausforderungen vorbereitet werden.

Was die **Strukturreformen** angeht, ist es für die Zukunft Europas besonders wichtig zu gewährleisten, dass Europa über einen voll funktionsfähigen Binnenmarkt verfügt, der die volle Freizügigkeit von Arbeit und Kapital und den freien Handel mit Waren und Dienstleistungen ermöglicht. Die Beseitigung der noch vorhandenen Hindernisse in der EU stellt ein wichtiges Instrument zur Förderung einer effizienten Allokation von Produktionsfaktoren und zur Vertiefung der wirtschaftlichen und finanziellen Integration dar. Dies wiederum würde es der EU erlauben, ihr beachtliches Potenzial für ein höheres Produktions- und Beschäftigungswachstum zu verwirklichen und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks zu erhöhen. Die Ausschöpfung der Möglichkeiten des Binnenmarkts wird dabei helfen, den Wohlstand der Bürger in Europa zu sichern. Für diejenigen Mitgliedstaaten, die die im EG-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien erfüllt haben und dem Euroraum angehören, werden die erheblichen Vorteile des Binnenmarkts durch die gemeinsame Währung noch verstärkt. Dieser bietet ihnen in einem Umfeld, das durch das Nichtvorhandensein von Wechselkursunsicherheit innerhalb des Euroraums, niedrige Langfristzinsen, Preis- und Kostentransparenz, geringere Transaktions- und Informationskosten und eine stärkere Absicherung gegen wirtschaftliche und finanzielle Instabilität geprägt ist, einen glaubwürdigen Rahmen für die Geldpolitik und die Preisstabilität.

In dieser Hinsicht wird die nächste Erweiterung des Euro-Währungsgebiets am 1. Januar 2007 durch den Beitritt Sloweniens einen neuen historischen Meilenstein darstellen. Um die Vorteile des Euro in vollem Umfang ausschöpfen zu können und ein effizientes Wirken der Anpassungsmechanismen im erweiterten Euroraum zu ermöglichen, wird eine umfassende Integration Sloweniens in die Wirtschafts- und Währungsunion notwendig sein, was die Beseitigung aller noch verbleibenden Hemmnisse, darunter auch jener in Bezug auf die Arbeitskräftemobilität, erfordert. In der Tat sind offene, wettbewerbsfähige und flexible Märkte für das Funktionieren der Wirtschaft im Eurogebiet

und die reibungslose Durchführung der einheitlichen Geldpolitik von besonderer Bedeutung. Der EZB-Rat hat seinerseits alle notwendigen Vorbereitungen getroffen, um die Banka Slovenije zu einem integralen Bestandteil des Eurosystems zu machen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.int
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.